

**Gabriele Abels (Bielefeld) / Kathrin Braun (Hannover) /
Teresa Kulawik (Stockholm)**

Feministisch-politologische Perspektiven auf Biomedizinpolitik: Einleitung

PolitologInnen sind in der gegenwärtigen kontroversen Debatte zur Biomedizinpolitik sowohl mit wissenschaftlichen Analysen als auch als ExpertInnen in einschlägigen Beratungsgremien erstaunlich abwesend. Dabei könnte die Politikwissenschaft mit ihren unterschiedlichen Teildisziplinen wichtige Beiträge zur Erforschung von Biomedizinpolitik leisten. Für das Fehlen kann ein Bündel von Faktoren identifiziert werden, von der Spezifik des Politikfeldes über methodologische und theoretische Orientierungen der Politikwissenschaft bis hin zu wissenschaftspolitischen Motiven. Ein zentraler Grund ist die Überschneidung dreier Themen- und Problemfelder, die im politikwissenschaftlichen Mainstream tendenziell als außerpolitisch gelten und/oder in unzureichender Weise theoretisch erfasst sind: Körper, Ethik und Naturwissenschaften/Technologie. Feministische Politikwissenschaft ist in verschiedener Hinsicht für die Analyse von Biomedizinpolitik besser gerüstet, da sie mit der Analyse von Körperpolitik und mit normativen Fragen Erfahrungen hat.

1. Gene, Grenzen – und Gelehrte?

Die neuen Entwicklungen in der Biomedizin, insbesondere in der Gen- und Fortpflanzungstechnologie, haben in den letzten Jahren in vielen (europäischen) Ländern und auch in der internationalen Politik zu einer intensiven und kontroversen Debatte geführt. Als Katalysator wirkte vielfach die Bekanntgabe tatsächlicher oder vermeintlicher wissenschaftlich-technischer Erfolge und Grenzverschiebungen, wie 1996 die Geburt des geklonten Schafes „Dolly“, 2000 die „Entschlüsselung“ des menschlichen Genoms im Rahmen des *Human Genome Project* oder Ende 2002 die Verkündung der angeblichen Geburt des ersten geklonten menschlichen Babys durch die Raelianer-Sekte, für dessen Existenz der Beweis freilich noch aussteht. Im Zentrum der Debatte standen Techniken wie das „therapeutische Klonen“, d.h. die Herstellung eines Embryos auf dem Wege des Klonens zum Zwecke der Organ- oder Gewebezüchtung, die Präimplantationsdiagnostik (PID), bei der *in vitro* gezeugte Embryonen auf mögliche Abweichungen überprüft werden, bevor

entschieden wird, ob sie der Frau „übertragen“ werden, oder die Eizellspende, die mit einer „gespaltenen Mutterschaft“ verbunden ist, da die Frau, von der die Eizelle stammt, das Kind nicht austrägt. Aber auch andere Techniken der Sterilitätsbehandlung wie ICSI, eine Methode zur Spermieninjektion, oder Verfahren der pränatalen Diagnostik sind nach wie vor umstritten. Diese Techniken wurden nicht überall mit der gleichen Intensität diskutiert – wo sie aber diskutiert wurden, prallten die Meinungen und Einschätzungen kontrovers aufeinander (vgl. Gaskell/Bauer 2001).

Angesichts der Intensität und Reichweite der politischen Kontroverse ist es erstaunlich, dass politikwissenschaftliche Stimmen in der Biomedizindebatte nahezu völlig fehlen,¹ während andere sozial- und geisteswissenschaftliche Disziplinen wie z.B. Rechtswissenschaft, Theologie, Philosophie oder auch Soziologie sehr wohl präsent sind – nicht zuletzt in einschlägigen ExpertInnenkommissionen (z.B. in Ethikräten). Von einer politikwissenschaftlichen Institutionalisierung des Themas kann erst gar nicht die Rede sein. So stellen Blank und Hines (2001,

10f.) fest, was nicht nur für die US-amerikanische Debatte Gültigkeit hat:

To date political scientists have found themselves largely left out of the debate over these issues. Their absence from national commissions and other policy forums, as compared to ethicists, sociologists, and especially scientists is striking.

Und an anderer Stelle: “There is already a fairly well-developed debate over biopolicy issues, and political scientists, those supposedly trained to deal with such concerns, are largely absent” (Blank und Hines 2001, 107). Auch Rothmayr und Varone (2002a) sprechen von den “missing political scientists”. Dieses Forschungsdesiderat zur Biomedizinpolitik ist besonders auffällig angesichts dessen, dass zur sog. grünen Biotechnologie, d.h. der Anwendung bio- und speziell gentechnologischer Verfahren in Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, in den letzten Jahren sehr wohl eine politikwissenschaftliche Forschung entstanden ist, die zum Teil in der sozialwissenschaftlichen Wissenschafts- und Technikforschung fest verwurzelt ist (vgl. z.B. die Beiträge in Barben/Abels 2000; Gottweis 1998a; Martinsen 1997; Russell/Vogler 2000; s. auch Gottweis 1998b) und zum Teil für die Analyse von Biomedizinpolitik genutzt werden kann.

Wenngleich viele Technologien, auf die sich die aktuelle Debatte bezieht, neu sind, so ist das Politikfeld an sich bereits älter. Eine politische Regulierung etwa von neuen Fortpflanzungstechnologien findet spätestens seit den 1980er Jahren statt (vgl. Rothmayr in diesem Heft); es wurden staatliche (Nicht-)Entscheidungen z.B. darüber getroffen, wer unter welchen Bedingungen Zugang zu welchen neuen Verfahren, wie künstliche Befruchtung (IVF), heterologe Insemination, „Leihmutterchaft“ etc., erhalten soll und wer hierüber entscheidet.² Neben Förderprogrammen sind zahlreiche Gesetze entworfen, verworfen oder verabschiedet worden sowie eine Reihe von Kommissionen eingerichtet und öffentliche Debatten geführt worden.

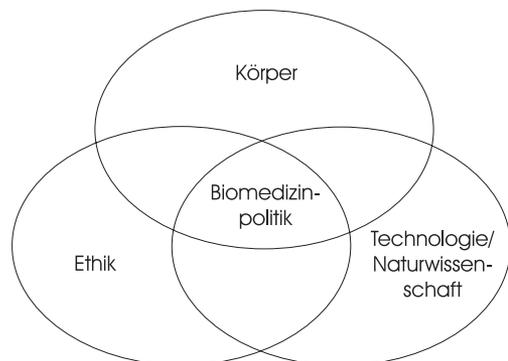
Wie ist also die politologische Abstinenz in der gegenwärtigen politischen Debatte zur Biomedizinpolitik zu erklären?³ Und worin könn-

te ein spezifisch politologischer Beitrag bestehen? Diesen Fragen wollen wir im Folgenden nachgehen und aufzeigen, dass insbesondere feministische Politikwissenschaft in vielerlei Hinsicht gerüstet ist, diesen Politikbereich zu untersuchen. Wir wollen mögliche Forschungsfragen und -perspektiven skizzieren sowie zentrale Ergebnisse der in diesem Themenheft versammelten Beiträge vorstellen.

2. Erklärungsfaktoren für das Fehlen politologischer Beiträge

Für das weitgehende Fehlen politikwissenschaftlicher Forschung zur Biomedizinpolitik ist unseres Erachtens ein ganzes Bündel von Faktoren auszumachen, die ebenso aus der Spezifik des Politikfeldes herrühren wie aus methodologischen und theoretischen Orientierungen der Politikwissenschaft sowie wissenschaftspolitischen Motiven. Unseres Erachtens ist der zentrale Grund für das bestehende Forschungsdesiderat, dass der Gegenstandsbereich Biomedizinpolitik durch die Überschneidung dreier Themen- und Problemfelder konstituiert wird, die alle drei zumindest im deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Mainstream tendenziell als außerpolitisch und damit als privat gelten bzw. politikwissenschaftlich in unzureichender Weise erfasst werden: Körper, Ethik und Naturwissenschaft/Technologie.

Abb. 1:
Themen- und Problemfelder der Biomedizinpolitik



KÖRPER: Er gilt weitgehend als privates Terrain, vielleicht als *das* private Terrain schlechthin. Kontos (1996, 137) stellt fest, dass die „Politikwissenschaft ohne Körper“ auskommt.⁴ So fehle der Begriff etwa in einschlägigen Fachlexika und spiele auch in der politischen Theorie keine Rolle. Da Biomedizinpolitik vorrangig „Körperpolitik“ ist, verstellt dieser blinde Fleck den Zugang zu diesem Gegenstandsbereich; lediglich einige Aspekte wurden bislang diskutiert. Dies wird dadurch verstärkt, so unsere These, dass Biomedizinpolitik – zumindest soweit sie an den biologischen Reproduktionsfähigkeiten ansetzt – Politik mit dem *weiblichen* Körper ist – auch wenn dabei oftmals gerade die Trennung vom und Marginalisierung des weiblichen Körpers angestrebt wird.⁵ So setzt z.B. das „therapeutische Klonen“ voraus, dass menschliche Eizellen in großen Mengen verfügbar sind; die Eizellspende wiederum stellt einen invasiven Eingriff in den Frauenkörper dar, verbunden mit einem hormonellen Eingriff zur Stimulation der Eizellproduktion. Die PID ist nur im Zusammenhang mit der IVF anwendbar, die ebenfalls die „Gewinnung“ von Eizellen mit allen damit verbundenen Implikationen voraussetzt. Und auch die Forschung an Embryonen ist bislang auf die „Rohstofflieferantin Frau“ verwiesen, sei es, dass mit Embryonen gearbeitet wird, die im Rahmen von IVF „übrig geblieben sind“, sei es, dass Embryonen gezielt für die Forschung hergestellt werden. Keine der neuen umstrittenen Praktiken tangiert den männlichen Körper in vergleichbarer Weise, denn die Samengewinnung stellt keinen invasiven Eingriff dar. Mehr noch: in einigen Formen der Sterilitätsbehandlung wird die gesunde Frau zur Patientin, um die Sterilität ihres Partners „zu kurieren“.

Neben dieser *praktischen* Verbindung gibt es eine *diskursive* Verbindung zwischen Biomedizinpolitik und dem Frauenkörper. Vielfach findet ein höchst wirkungsvoller *issue linkage* statt zwischen der Regulierung der hier angesprochenen biomedizinischen Technologien und der Regulierung des Schwangerschaftsabbruchs. Dabei wird argumentiert, dass ein kohärenter Schutz von menschlichen Embryonen außerhalb des Körpers und im Körper der Frau erforder-

lich sei, anders gesagt: wer gegen Embryonenforschung ist, muss auch den Schwangerschaftsabbruch ablehnen und umgekehrt. Biomedizin ist somit eine „Arena der Geschlechterpolitik“ (Kuhlmann/Kollek 2002).

ETHIK: Es besteht heute weitgehend Konsens darüber, dass es in der modernen, liberalen und säkularen Gesellschaft keine allgemeinverbindliche Vorstellung des guten Lebens mehr gibt und geben kann. Es gibt daher keine gemeinschaftlich geteilte, allgemein anerkannte ethische Grundlage politischen Handelns in der modernen Gesellschaft; ethische Maßstäbe politischen Handelns sind vielmehr unterschiedlich, oft widerstreitend und umstritten und gelten bis zu einem gewissen Grade als subjektiv und privat. Wenngleich die Trennung zwischen Ethik und Politik nicht absolut sein kann, da jede politische Ordnung in gewissem Maße auf allgemeinverbindliche Werte und Grundregeln angewiesen ist, hat sich diese Trennung doch auch in der Politikwissenschaft niedergeschlagen. Sie drückt sich beispielsweise in der begrifflichen Unterscheidung zwischen „Politischer Philosophie“ und „Politischer Theorie“ aus, die im Fach durchaus üblich ist. Die begriffliche Unterscheidung spiegelt dabei eine Art Arbeitsteilung wider, wobei der Politischen *Philosophie* – verortet im Grenzgebiet zwischen Politikwissenschaft und Philosophie – die Aufgabe ethischer Reflektion zugewiesen wird, während die fest im Fach verankerte Politische *Theorie* als Wegweiser und Grundlage empirischer Forschung verstanden wird, deren Vorgehensweise *nicht* normativ ist. Auch und gerade die Policy-Analyse, zumindest deren Mainstream, basierte lange Zeit auf der Annahme, dass zwischen „Tatsachen“ und „Werten“ zu trennen sei. Aufgabe der Policy-Analyse war es in diesem Verständnis, ein wertneutrales Faktenwissen zu produzieren, auf dessen Basis PolitikerInnen bessere, effektivere, sachgerechtere Entscheidungen treffen konnten. In den letzten 15 Jahren wird in der Policy-Forschung verstärkt diskutiert, ob politische Ziel- und Problembestimmungen nicht unweigerlich durch normative Grundannahmen geprägt sind, die als solche nicht ausgeblendet werden kön-

nen, sondern reflektiert werden müssen (Fischer 2003).

NATURWISSENSCHAFT/TECHNOLOGIE: Die Vermutung von Blank und Hines (2001, 10f.), dass die Distanz der Politikwissenschaft gegenüber der Biomedizin (bzw. den Lebenswissenschaften generell) lediglich den Umstand widerspiegeln, dass PolitikologInnen oftmals deshalb ihre Disziplin wählten, „to escape science and mathematics“, ist letztlich nicht tragfähig, insofern andere Sozial- und Geisteswissenschaften das Themenfeld in weitaus höherem Maße erschlossen haben als die Politikwissenschaft. Aber warum sollten z.B. SoziologInnen hierfür besser ausgebildet sein? Entscheidender scheint uns die politologische Perspektive auf Naturwissenschaft und Technologie zu sein. Dabei ist es nicht so, dass die Technikentwicklung für die (deutschsprachige) Politikwissenschaft überhaupt kein Thema ist, denn für die 1980er Jahre lässt sich von einer ersten politologischen Technikdebatte sprechen, die stark steuerungstheoretisch ausgerichtet und staatsfixiert war (vgl. Grande 2001).⁶ Jedoch kamen Biotechnologie und insbesondere Biomedizin hier kaum vor; so fand beispielsweise die Kontroverse Mitte der 1980er Jahre um die Chancen und Risiken der Gentechnik, die in der Einrichtung der gleichnamigen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages mündete, in dieser politikwissenschaftlichen Technikdebatte keinen Widerhall.⁷

Derzeit beginnt sich eine politologische Technikdebatte zu formieren, die insbesondere die alte neue Frage nach dem Verhältnis von Demokratie und Technik fokussiert (vgl. Grande 2001, 189, 193; Simonis et al. 2001; Martinsen/Simonis 2000). Zwar ist die Biotechnologie allgemein nun stärker präsent, Biomedizin aber weiterhin marginal; im Mittelpunkt stehen eher Groß- und Infrastrukturtechnologien (z.B. Energie) sowie Technologien im Erwerbsbereich. Diese Debatte bezieht sich zwar auf die neuere sozialwissenschaftliche Technikforschung und rezipiert deren neues Paradigma von der „Technik als sozialem Prozess“. Dennoch hat dies nur bedingt zu Konsequenzen im politologischen Zugang zum Gegenstand gefun-

den und es lassen sich Probleme erkennen, welche für die Analyse von Biomedizinpolitik folgenreich sind. Denn insgesamt steht ein „opening-up (of) the black box of science and medicine“ als politologisches Projekt noch aus (Gottweis 2002, 144). Denn „most of the political science studies of topics related to science and technology remained informed by a view which conceptualized science as a unique, truth-seeking activity and technology as some sort of application of this truth.“ (Gottweis 2002, 144).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Biomedizinpolitik im Wesentlichen aufgrund des Aufeinandertreffens verschiedener spezifischer Dimensionen des Gegenstandes und ihrer (Nicht-)Bearbeitung bislang außerhalb des Erkenntnis- und Forschungsinteresses der deutschsprachigen Politikwissenschaft lag. Hinzukommen mag noch eine Abstinenz speziell des politologischen Mainstreams gegenüber dem Gegenstandsbereich, dadurch dass die Biomedizinpolitik in den vergangenen Jahren stark politisiert und „feminisiert“ worden ist. Denn viele Technologien sind vielfach zuerst im Rahmen der Frauenbewegung zum Politikum gemacht worden. Dass die derzeit besonders umstrittene Verbindung von Gen- und Fortpflanzungstechnologien, ihre möglichen gesellschaftlichen Implikationen sowie der politische Umgang mit ihnen öffentlich-politisch diskutiert wurden, ging maßgeblich auf eine Reihe von Kongressen und Publikationen zurück, die seit den 1980er Jahren aus der feministischen Bewegung hervorgingen. Bis heute wird im internationalen Maßstab ein Großteil der sozial- und kulturwissenschaftlichen Literatur zu diesem Themenbereich von Feministinnen produziert.

3. Perspektiven politologischer Forschung zur Biomedizinpolitik

Trotz allem kann auch die Politikwissenschaft bedeutende und nur von ihr zu erbringende Beiträge zur Analyse von Biomedizinpolitik leisten. Worin könnten diese bestehen? Wichtig scheint uns einerseits, die dominierende Pers-

pektive vom Steuerungssubjekt Politik auf das Steuerungsobjekt Technik zu hinterfragen und aufzulösen. Was dies etwa für die Biotechnologie bedeutet, hat Saretzki (1997) dargelegt. Eine politikwissenschaftliche Analyse zum Verhältnis von Biotechnologie- und Gesellschaftsentwicklung müsste demnach nicht nur nach der „politischen Techniksteuerung“ fragen, sondern auch nach dem Einfluss der Technologieentwicklung auf einen politischen Wandel im Sinne einer „technologischen Politiksteuerung“ (Saretzki 1997, 40). Andererseits ist dabei für die Analyse von Biomedizinpolitik ein politologischer Zugang zu Körperpolitik zu entwickeln, der nicht biologistisch und deterministisch ist, sondern Körper als gesellschaftliches Konstrukt begreift.

Grundsätzlich können zur Analyse von Biomedizinpolitik alle politikwissenschaftlichen Teildisziplinen sowie sehr verschiedene Theorieperspektiven beitragen. Eine prominente Rolle kommt der *Policy-Analyse* zu. Konkret kann die Policy-Netzwerkanalyse oder der Ansatz der Policy bzw. Epistemic Communities genutzt werden, um beispielsweise die Entstehung des *Human Genome Project* (Abels 2000) oder Politiken auf der Ebene der EU-Politik (Montpetit 2003) zu erklären, aber auch die starke Selbstregulierung durch die Medizin (Salter 2003). Hierbei wäre z.B. die These der Pfadabhängigkeit zu überprüfen, ob und wie etwa in der aktuellen (Regulierungs-)Diskussion an bestehende (Nicht-)Politiken (Selbstregulierung der Medizin, Regelung des Schwangerschaftsabbruchs, Bedeutung der Regulierung von IVF für die Embryonenforschung etc.) angeknüpft wird; oder es ist die klassische Frage vergleichender Policy-Forschung zu stellen, wie Unterschiede in den Politiken zwischen einzelnen Ländern erklärt werden können und welche Effekte sie haben (vgl. Rothmayr/Varone 2002b). Da hier politisches Neuland „erschlossen“ wird, sind insbesondere Prozesse des Agenda-Settings, der Repräsentation des politischen Problems (*framing*) und der Öffnung von *windows of opportunities* von Interesse, da erst noch festgelegt werden muss, was an der Technologie für die Politik das Handlungsbedürftige ist. Verschiedene in diesem Heft versammelte Beiträ-

ge zeigen den Ertrag solcher eher konstruktivistischer, interpretativer Ansätze, die auf eine Bewertung des Inputs in den Politikprozess abzielen. Damit sei aber nicht gesagt, dass sie allein für die Analyse von Biomedizinpolitik geeignet sind.

So verfügen institutionalistische Ansätze über ein analytisches Instrumentarium, das für den Forschungsgegenstand Biomedizin fruchtbar gemacht werden kann. Sie erlauben es nämlich, das Zusammenspiel zwischen institutionellen Arrangements des politischen Systems und den organisatorischen und diskursiven Ressourcen gesellschaftlicher und politischer Akteure – auch im internationalen Vergleich – in ihrer Relevanz für den politischen Output in Form von *policy outcomes* in den Blick zu nehmen (vgl. Hall/Taylor 1996; Immergut 1998). Sie vermögen, insbesondere durch die jüngste Einbeziehung ideeller Faktoren, den Spezifika des Gegenstandes Biomedizin – die Komplexität der institutionellen Arrangements, die starke Internationalisierung der Forschung, der hohe Bedarf an naturwissenschaftlicher Expertise und die große Bedeutung von Wertorientierungen – gerecht zu werden. Aufgrund dieser Spezifika besitzen institutionalistisch orientierte Rational-Choice-Theorien in diesem Politikfeld eine begrenzte Erklärungskraft; sie vermögen es freilich, mit ihrem Fokus auf strategisches Handeln z.B. die Funktion von Beratungssystemen als *second-order institutions* zu erklären (Weimer 2002).

In Gestalt des sog. „historischen Institutionalismus“, der die historische Gewordenheit von Politikfeldern als kausale Temporalität und potentielle Pfadabhängigkeit untersucht (Hacker 1998; Pierson 2000), könnte dieser Ansatz dazu beitragen, eine wesentliche Problematik auszuleuchten, die zwar in der öffentlichen Diskussion präsent ist, in der Forschung jedoch nicht thematisiert wird: die etwaigen Kontinuitäten zwischen der heutigen Politik zur Hygiene- und Medizinpolitik seit dem 19. Jahrhundert, insbesondere aber zur Eugenik und Rassenhygiene. Wichtig wären auch hier vergleichende Analysen, denn die Singularität des Nationalsozialismus, in dem Eugenik mit dem Genozid verschränkt war, verstellt bislang den

Blick dafür, dass eugenische Politiken international weit verbreitet und durchaus mit liberaler und sozialdemokratischer Politik kompatibel waren.

Doch auch die anderen Teildisziplinen können zu einer politikwissenschaftlichen Biomedizinforschung beitragen: So stellt z.B. die Regimeanalyse in den *internationalen Beziehungen* einen brauchbaren Erklärungsansatz dar, um die Herausbildung regulativer Regime in dem Politikbereich zu erklären. Beispiele für solche Regime finden sich im Bereich Handel, so z.B. das WTO-Abkommen zur Patentierung geistigen Eigentums (TRIPS), welches für genetisches Material relevant ist, oder im Bereich der Bioethik, so etwa die sog. Bioethik-Konvention des Europarates oder die UNESCO-Deklaration zum Humangenom (Braun 1998; Barben/Behrens 2001). Ebenso sind die deutsch-französischen Bemühungen (und ihr vorläufiges Scheitern) um eine UN-Deklaration für ein weltweites Klon-Verbot von Interesse. Was könnte *global governance* in diesem Bereich bedeuten? Die internationale politische Ökonomie könnte ferner zur Erforschung von Globalisierungsprozessen im Bereich der pharmazeutischen Industrie beitragen, die in der Biomedizinpolitik ein wichtiger Akteur ist.

Schließlich kann die *politische Theorie* zur Analyse von Biomedizinpolitik beitragen. Fukuyamas (2002) Proklamation vom „Ende des Menschen“, dem er – was in Anbetracht steuertheoretischer Erkenntnisse eher zweifelhaft ist – mit „der Macht des Staates“ und der Durchsetzung nationaler und internationaler Regulierungen begegnen will, um die menschliche Natur zu schützen, ist in der deutschsprachigen Debatte bislang kaum aufgegriffen worden. Den Begriffen der Menschenrechte und Menschenwürde kommt in der Biomedizindebatte ein herausragender Stellenwert zu; sie sind Zentralbegriffe der politischen Theorie und Philosophie, deren Verwendung in der öffentlichen Debatte aus den klassischen Texten heraus kritisch zu hinterfragen ist (Braun 2000a). Ebenso ist zu ermitteln, in welchem Verhältnis biomedizinische Technologien zu Konzeptionen von Gerechtigkeit und Gleichheit stehen.

Eine Vielzahl von Fragen ergeben sich des Weiteren aus demokratietheoretischer Perspektive (vgl. auch Barben/Abels 2000). Was Demokratie in der Biomedizindebatte bedeutet, ist allerdings noch ungeklärt. Gegenwärtig kann gerade in diesem Feld die Erprobung von Verfahren der Technikfolgenabschätzung und -bewertung beobachtet werden, die auf deliberative Demokratiekonzepte setzen (vgl. Irwin 2001). Inwieweit deren Leistungsfähigkeit reicht oder ob es gar „Grenzen des Diskurses“ gibt (Braun 2000b), ist derzeit noch völlig unklar.

4. Feministische Politikwissenschaft und Biomedizinpolitik

Die doppelte Diskrepanz zwischen der politischen Relevanz des Themas und der mangelnden politikwissenschaftlichen Bearbeitung einerseits sowie zwischen der Bedeutung des weiblichen Körpers und dessen (Nicht-)Thematisierung im politischen Prozess andererseits bildet den Anlass dieses Heftes. Wir meinen, dass die feministisch geschulte, geschlechtersensitive Politikwissenschaft mit ihren Methoden, Ansätzen und Theorien in mancher Hinsicht besser gerüstet ist als der Mainstream, um die Leerstellen der bisherigen Debatte zur Biomedizinpolitik zu füllen – freilich hat aber auch die feministische Politikwissenschaft hier einen Nachholbedarf und ihre Grenzen. Erstens ist es für feministische Politikwissenschaft eine Selbstverständlichkeit, dass der *Körper* den Ansatzpunkt politischen Zugriffs und rechtlicher Regulierung bildet. Dies zeigt sich an zahlreichen Beispielen wie der Regulierung des Schwangerschaftsabbruchs, an Mutterschutzpolitiken oder bevölkerungspolitischen Steuerungsversuchen sowie am politischen Umgang mit dem Thema sexuelle und häusliche Gewalt. Der Rekurs auf den (weiblichen) Körper in der feministischen Wissenschaft liegt nicht zuletzt in ihren historischen Ursprüngen in der neuen Frauenbewegung begründet, für die der staatliche und gesellschaftliche Umgang mit dem Frauenkörper eine starke Mobilisierungsfunktion hatte, allen voran die Frage der Lega-

lisierung des Schwangerschaftsabbruchs (vgl. Stetson 2001). Dabei wird der Körper in der neueren feministischen Diskussion nicht als natürlich gegeben betrachtet, sondern soziale Körperkonzepte, -konstruktionen und -konfigurationen werden mitbedacht.

Zweitens bestehen keine Berührungspunkte in Bezug auf *normative* Fragen; diese waren immer integraler Bestandteil feministischer Politikwissenschaft. Jedoch ist auch für die feministische Politikwissenschaft festzustellen, dass sie drittens ebenso wie der Mainstream ein eher distanzierendes Verhältnis zu *Naturwissenschaft* und *Technologie* hat und sie diese *black box* bislang allenfalls ansatzweise geöffnet hat. Speziell in der feministischen Literatur zu Technologien der Reproduktion finden sich, wie Wajcman (1994) feststellt, teilweise gar überkommene technikdeterministische Perspektiven, die sozialen Wandel kausal auf technologische Entwicklungen zurückführen. Dies gilt es bei der Analyse von Biomedizinpolitik zu vermeiden. Feministische Analysen müssen im Sinne der von Saretzki (1997) eingeforderten doppelten Perspektive danach fragen, wie einerseits Geschlechterverhältnisse in die Prozesse biomedizinischer Technikentwicklung und -kontextualisierung eingehen, wie sie diese verändern oder festschreiben und zugleich danach, wie von Politik und Politikwissenschaft der Gegenstand Biomedizin, hier speziell Gen- und Fortpflanzungstechnologien, präsentiert, problematisiert, interpretiert und bearbeitet wird. Damit wird u.a. die Frage aufgeworfen, ob mit diesen Technologien und ihrem spezifischen Bezug zum weiblichen Körper neue soziale Konflikt- und Stratifizierungslinien geschaffen werden, die auch entlang der Kategorie Geschlecht verlaufen. Dabei soll jedoch der technologische Bezug auf den weiblichen Körper nicht als etwas Letztes gedacht werden; vielmehr ist die technikgenetische Frage zu stellen, ob die Richtung der Technologieentwicklung nicht selber auf bestimmten sozialen Ausprägungen des Geschlechterverhältnisses „aufsitzt“ und die wissenschaftlich-technische Abstinenz gegenüber Eingriffen in den männlichen Körper nicht als Ausfluss sozialer und politischer Weichenstellungen zu verstehen ist.

Fächern wir diese Aufgabe nach den drei gängigen Dimensionen des Politikbegriffes auf, so ergibt sich ein ganzes Tableau von Untersuchungsfeldern, für das wir exemplarisch Frage- und damit Forschungsperspektiven aufzeigen wollen und einige Ergebnisse der in diesem Heft versammelten Beiträge einordnen wollen.

Polity: Welche institutionellen Strukturen begünstigen oder blockieren die gleichberechtigte politische Partizipation beider Geschlechtsgruppen in Bezug auf biomedizinpolitische Auseinandersetzungen und Entscheidungen? Welche formellen und informellen Zugangsbedingungen gibt es zu welchen Arenen? Weisen bestimmte Arenen eine geschlechtsbezogene Geschlossenheit auf und wenn ja, wie wirkt diese sich aus? Wer kann die Arena wählen und auf Grund welcher Machtfaktoren? Welche institutionellen Designs ermöglichen eher eine geschlechtersensitive Diskussion als andere? Unter welchen institutionellen Rahmenbedingungen ist es eher möglich, Aspekte geschlechtsbezogener Macht und Ungleichheit biopolitischer Entscheidungen bzw. Entscheidungsoptionen offen zu legen und unter welchen Bedingungen in welchem institutionellen Kontext eher nicht?

Politics: Wer sind die AkteurInnen der Biomedizinpolitik? Können Frauen in gleichem Maße politisch partizipieren wie Männer und sich als Akteurinnen etablieren? Auf welchen Ebenen, in welchen Arenen und in welcher Funktion partizipieren Frauen als Einzelpersonen, als Gruppe oder Organisation? Welche Koalitionen und Allianzen gibt es und welche Rolle spielt die Kategorie Geschlecht dabei? Gibt es Bündnisse entlang der Linie Geschlecht? Oder verteilen sich Frauen, Frauenpolitikerinnen und/oder Feministinnen auf verschiedene „Lager“?

Policy: Welche Konsequenzen und Implikationen haben welche biomedizinpolitischen Entscheidungen (oder Nicht-Entscheidungen) für die Befestigung, Auflösung oder Transformation von Macht- und Ungleichheitsverhältnissen entlang der Linie Geschlecht? Welche Themen und Probleme sind auf der politischen Agenda und wer betätigt sich wie als

Agenda-Setter? Wie ist der Gegenstandsbereich biomedizinpolitischer Entscheidungen definiert und welche Konsequenzen und Implikationen hat diese Definition für das Geschlechterverhältnis? Andersherum: Inwieweit gehen geschlechtsbezogene Vorstellungen und Deutungen in die Definition der anliegenden Probleme ein und in welcher Weise bestimmen diese Deutungs- und Definitionsprozesse das Ergebnis? Gibt es geschlechtsbezogene Ziele, Interessen oder normative Orientierungen im Policy-Prozess? Wie wirken sie sich aus? Welche Rolle spielt die Kategorie Geschlecht bei der Verfügung über diskursive Ressourcen (Bilder, Metaphern, anerkannte Deutungen, verschiedene Wissensformen etc.)? Wie und in welchem Maße können AkteurInnen diese Ressourcen mobilisieren? Wer konnte mit welchem Erfolg das *engendering* der Debatte vorantreiben und wer nicht? Welche Bedeutung hat die Verteilung und Mobilisierung geschlechtsbezogener diskursiver Ressourcen für die *policy outcomes*?

Die Beiträge dieses Heftes – ob als Fallstudien zu einzelnen Ländern oder als internationaler Vergleich angelegt – untersuchen in verschiedener Weise, ob, wie, von wem, unter welchen Bedingungen und mit welchen Folgen die praktischen oder implizit-diskursiven Bezüge auf den weiblichen Körper in der politischen Diskussion reflektiert, expliziert und damit zum politischen Thema gemacht werden. Sie folgen dabei einer doppelten Fragestellung: Zum einen wird untersucht, in welchem Maße Frauen als Akteurinnen an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung im Bereich der Reproduktionsmedizin sowie Embryonen- und Stammzellforschung partizipiert haben. War die Auseinandersetzung, die, wie oben dargelegt, zu diesen Anwendungen zumindest implizit auch eine Debatte *über Frauen* ist, auch eine Debatte *von Frauen*? Zum anderen wird gefragt, ob aus dem impliziten Bezug auf den weiblichen Körper ein expliziter geworden ist: Hat im Politikfeld der Biomedizinpolitik ein *engendering* stattgefunden, d.h. eine geschlechtersensitive Diskussion der umstrittenen Politik-inhalte? Und wie ist die Entwicklung oder das Ausbleiben einer geschlechtersensitiven Problematisierung des Gegenstandes zu erklären?

Die Beiträge offenbaren eine Vielfaltigkeit von politischen Konstellationen, Teilhabe- und Einflussmöglichkeiten von Frauen sowie nationalen Policy-Mustern, die keine einfachen kausalen Zuschreibungen erlauben. Dies zeigt sich zunächst in der Diskrepanz zwischen gängigen Länderklassifikationen und der Regulierung des biomedizinischen Politikfeldes. So finden sich in der Ländergruppe mit geringer staatlicher Intervention sowohl liberal geprägte Staaten wie Großbritannien und Kanada – bei denen das durchaus zu erwarten wäre – als auch das katholisch-konservative Italien und das sozialdemokratische Schweden. Auch der Grad der Politisierung und Mobilisierung variiert erheblich, wobei er in Ländern mit einer restriktiven Gesetzgebung (z.B. Deutschland, Schweiz und Norwegen), in denen starke Gruppen von BefürworterInnen und GegnerInnen der Biomedizin aufeinander treffen, besonders hoch ist. Generell lässt sich festhalten, dass Frauen an den relevanten Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen als Parlamentarierinnen, Expertinnen und zivilgesellschaftliche Akteurinnen in allen Ländern beteiligt sind – zum Teil in erheblichem Maße. In einigen Ländern, z.B. in Schweden und Deutschland, aber auch auf der EU-Ebene haben sie auch in den formellen Politikkanälen die Schwelle von der kleinen zur großen Minorität überschritten und eine „kritische Masse“ erreicht. Der Fall Schweden zeigt jedoch, dass ein hohes Maß an quantitativer Frauenrepräsentation und die ihr zugrundeliegende institutionelle Offenheit weder hinreichend sind, um Technikkonflikte zu politisieren, noch um ein *engendering* des Politikfeldes zu bewirken. Denn trotz einer nahezu paritätischen Repräsentation in den relevanten Gremien und Kommissionen werden dort geschlechtsspezifische Technikfolgen so gut wie nicht thematisiert. Dies ist einmal mehr ein Indiz dafür, dass jeder Versuch, politische Interessen von Frauen essentialistisch zu definieren, z.B. indem ihnen eine *a priori* gegnerische Haltung zugeschrieben wird, unhaltbar ist. So divergieren auch innerhalb der einzelnen Länder feministische Gruppierungen über die möglichen Folgen und die Bewertungen biomedizinischer Technologien zum Teil erheblich (z.B. Deutschland, Schweiz, Kanada).

Ein *engendering* des biotechnologischen Politikfeldes findet am ehesten in solchen Ländern statt, in denen andere gewichtige politische und gesellschaftliche Akteure eine restriktive Position vertreten, sei es auf der Grundlage eines christlich orientierten Lebensschutzes oder einer links-grünen Fortschrittskritik. Die Länderstudien demonstrieren zugleich, dass die Politisierung der Biotechnologien nicht eindeutig entlang der Rechts-Links-Achse zu verorten ist. So gibt es linke Parteien unter anderem in Großbritannien, Schweden und Italien, die eher technikfreundlich agieren, andere, so z.B. in Deutschland, Norwegen und der Schweiz, die restriktive Gesetze befürworten. Die Thematisierung geschlechtsspezifischer Technikfolgen und eine entsprechende legislative Einflussnahme von Frauen wird tendenziell durch zwei Faktoren begünstigt: erstens eine Allianz mit einer technikkritischen Linken, die an der Regierung beteiligt ist, und zweiten durch die Zusammenarbeit zwischen Frauen in den Institutionen und außerparlamentarisch agierenden feministischen Gruppierungen. In dieser Hinsicht nimmt Deutschland unter den hier untersuchten Ländern eine Sonderstellung ein: Es verfügt über die stärkste feministische Mobilisierung, die zugleich für eine prohibitive Politik eintritt. Ferner mag hier die Art der Konstruktion von Zielgruppen eine Rolle spielen. Denn Schneider/Ingram (1993) stellen fest, dass im Politikprozess schwache, aber zugleich positiv dargestellte Zielgruppen (z.B. Frauen, Embryonen, Behinderte) mit stärker protektiven und interventionistischen Policies korrelieren.

Die durch den Vergleich zu Tage tretende Inkongruenz zwischen der institutionellen Chancenstruktur einerseits und den von den AkteurInnen verfolgten Policy-Zielen andererseits – sichtbar nicht zuletzt daran, dass so unterschiedliche institutionelle Settings wie in Großbritannien und Schweden ähnliche *policy outcomes* hervorbringen – illustriert nachdrücklich, dass den Prozessen der Problemdefinition und Meinungsbildung – und somit Argumenten, Ideen und Überzeugungen als wichtigen Faktoren – ein eigenständiger analytischer Stellenwert zukommt, und bekräftigt somit die interpretative Wende in der Policyforschung (vgl.

Héritier 1993; Fischer 2003). Die Fallstudien machen deutlich, dass die Problemrepräsentationen Resultat äußerst konflikthafter Interpretationskämpfe sind, bei denen aus geschlechtersensitiver Perspektive zwei Deutungsrahmen besonders relevant sind: das Instrumentalisierungs- und das Selbstbestimmungs-Argument. Ausgehend von einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive hebt der Instrumentalisierungsdiskurs auf der Ausnutzung von Frauen als Rohstofflieferantinnen von Eizellen und Embryonen ab; er warnt vor den Konsequenzen einer solchen Verdinglichung für das Geschlechterverhältnis (z.B. Deutschland, Schweiz, EU). Eingebettet in einen liberal-individualistischen Begründungshorizont insistiert der Selbstbestimmungsdiskurs demgegenüber auf dem Recht von Frauen, im Rahmen rechtlich definierter Grenzen über Eizellspenden oder die Anwendung der Techniken der assistierten Reproduktion selbst zu entscheiden (z.B. Großbritannien, Schweden, Belgien). Die untersuchten Fälle unterscheiden sich erheblich in der jeweiligen Gewichtung der Argumente. Die hier vorliegenden Beiträge vermögen allenfalls in Ansätzen zu klären, wie es zur Herausbildung hegemonialer Deutungsmuster auf nationaler oder supranationaler Ebene kommt. Hier zeigt sich der Bedarf weiterer systematisch vergleichender Forschung, aber auch die Notwendigkeit der Weiterentwicklung des theoretischen Instrumentariums.

5. Ausblick

Politikwissenschaftliche Forschung zur Biomedizin steht insgesamt noch am Anfang, dies gilt sowohl für den Mainstream als auch für die feministische Politikwissenschaft. Freilich ist nun ein Anfang gemacht. Jetzt kommt es darauf an – auch unter Einbeziehung der v.a. soziologischen Wissenschafts- und Technikforschung einerseits und der zahlreichen Forschung zur Biomedizin in anderen sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen –, die Möglichkeiten politikwissenschaftlicher Analysen auszuleuchten und in empirische Forschung umzusetzen. Hierfür ist eine Integration ver-

schiedener Theorieansätze und eine Pluralität methodischer Zugänge erforderlich. Das Geschlecht muss als zentraler Faktor von Biomedizinpolitik als Körperpolitik berücksichtigt werden. Feministische Politikwissenschaft bietet hierfür eine Vielzahl von Ansatzpunkten, die es weiterzuentwickeln gilt.

ANMERKUNGEN

- 1 Ausnahmen bilden Abels (2000), Braun (2000b), die Themenhefte der *Swiss Political Science Review* (2002/2003), Bleiklie et al. (2003) sowie einige Beiträge in Barben/Abels (2000) und in Gottweis (1998a).
- 2 Über andere Bereiche, wie z.B. die Transplantationsmedizin, wird bereits seit den 1960er Jahren debattiert. Legt man den weiten Begriff von Foucault zugrunde, so ist Biopolitik im Sinne einer politischen Steuerung der Bevölkerungsentwicklung sogar noch älter und geht bis zum Ende des 18. Jahrhunderts zurück.
- 3 Umgekehrt könnte natürlich auch danach gefragt werden, warum offenbar sowenig Bedarf in der Politik nach politikwissenschaftlicher Expertise zu diesen Fragen besteht. Unsere Frageperspektive ist hier allerdings auf die (fehlende) politikwissenschaftsinterne Debatte gerichtet.
- 4 Ausnahmen bilden etwa ein Schwerpunkttheft der *ÖZP* (1992) oder der *femina politica* (1999).
- 5 Für andere Bereiche der Biomedizin, wie Transplantationsmedizin, genetische Tests etc., gilt dies nicht in gleicher Weise.
- 6 Es fand eine Diskussion über die „Macht der Technik“ (Hartwich 1986) und ihre Bedeutung in der internationalen Politik statt (Kohler-Koch 1986); ferner besteht ein entsprechender Arbeitskreis in der DVPW und es liegen zahlreiche Studien zur Forschungs- und Technologiepolitik vor.
- 7 Vgl. jedoch Gill 1991.

LITERATURVERZEICHNIS

Abels, Gabriele (2000). Strategische Forschung in den Biowissenschaften. Der Politikprozeß zum europäischen Humangenomprogramm, Berlin.

Abels, Gabriele (2002a). Experts, Citizens, and Eurocrats. Towards a Policy Shift in the Governance of Biopolitics in the EU, in: *European Integration online Papers (EioP)*, vol. 6 no 19 (<http://eioP.or.at>).

Barben, Daniel/Gabriele Abels (2000). *Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie. Politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung*, Berlin.

Barben, Daniel/Maria Behrens (2001). Internationale Regime und Technologiepolitik, in: Georg Simonis/Renate Martinsen/Thomas Saretzki (Hg.): *Politik und Technik (PVS-Sonderheft 31)*, Wiesbaden, 349–367.

Blank, Robert H./Samuel M. Hines (2001). *Biology and Political Science*, London/New York.

Bleiklie, Ivar/Malcolm Goggin/Christine Rothmayr (Hg.) (2003): *Governing Assisted Reproductive Technology. A Cross-Country Comparison*, London/New York (im Erscheinen).

Braun, Kathrin (1998). Zivilisation oder Dehumanisierung? Menschenrechtsschutz und internationales Bioethik-Regime, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27(1), 63–77

Braun, Kathrin (2000a). Grenzen des Diskurses. Biomedizin, Bioethik und demokratischer Diskurs, in: Daniel Barben/Gabriele Abels (Hg.): *Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie. Politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung*, Berlin, 409–429.

Braun, Kathrin (2000b). *Menschenwürde und Biomedizin. Zum philosophischen Diskurs der Bioethik*. Frankfurt a. M./New York.

femina politica (1999). Themenheft “Die Politisierung des Körpers”, 8(2).

Fischer, Frank (2003). *Reframing Public Policy. Discursive Politics and Deliberative Practices*, Oxford (im Erscheinen).

Fukuyama, Francis (2002). *Das Ende des Menschen*, Stuttgart/München.

Gaskell, George/Martin W. Bauer (Hg.) (2001). *Biotechnology 1996–2000. The years of controversy*, London.

Gill, Bernhard (1991). *Gentechnik ohne Politik. Wie die Brisanz der synthetischen Biologie von wissenschaftlichen Institutionen, Ethik- und anderen Kommissionen systematisch verdrängt wird*, Frankfurt a.M./New York.

Gottweis, Herbert (Hg.) (1998a). *Gentechnik und Politik. Schwerpunkttheft der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27(1).

Gottweis, Herbert (1998b). *Governing Molecules. The Discursive Politics of Genetic Engineering in Europe and in the United States*, Cambridge, Mass.

Gottweis, Herbert (2002). “Bringing Science and Medicine Back in”. *Policy Studies and the Understanding of Biomedical Transformation*, in: *Swiss Political Science Review*, 8(3/4), 143–149.

Grande, Edgar (2001). *Politik und Technik. Schwerpunkte politikwissenschaftlicher Technikforschung*, in: Günter Ropohl (Hg.): *Erträge der Interdisziplinären Technikforschung. Eine Bilanz nach 20 Jahren*, Berlin, 181–194.

Hacker, Jacob (1998). *The Historical Logic of National Health Insurance. Structure and Sequence in the Development of British, Canadian, and U.S. Medical Policy*, in: *Studies in American Political Development*, 12, 57–130.

Hall, Peter A./Rosemary C. R Taylor (1996). *Political Science and the Three New Institutionalisms*, in: *Political Studies*, 44(5), 936–957.

- Hartwich, Hans-Hermann* (Hg.) (1986). Politik und die Macht der Technik. 16. Wissenschaftlicher Kongress der DVPW. Tagungsbericht, Opladen.
- Héritier, Adrienne* (Hg.) (1993). Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung (PVS-Sonderheft 24), Opladen.
- Immergut, Ellen M.* (1998). The Theoretical Core of the New Institutionalism, in: *Politics & Society*, 26 (1), 5–34.
- Irwin, Alan* (2001). Constructing the Scientific Citizen. Science and Democracy in the Biosciences, in: *Public Understanding of Science*, 10(1), 1–18.
- Kohler-Koch, Beate* (Hg.) (1986). Technik und internationale Politik, Baden-Baden.
- Kontos, Silvia* (1996). Körperpolitik – eine feministische Perspektive, in: *Teresa Kulawik/Birgit Sauer* (Hg.): *Der halbierte Staat. Grundlagen feministischer Politikwissenschaft*. Frankfurt a. M./New York, 137–157.
- Kuhlmann, Ellen/Kollek, Regine* (Hg.) (2002). Konfiguration des Menschen. Biowissenschaften als Arena der Geschlechterpolitik, Opladen.
- Martinsen, Renate* (Hg.) (1997). Politik und Biotechnologie. Die Zumutung der Zukunft, Baden-Baden.
- Martinsen, Renate/Georg Simonis* (Hg.) (2000). Demokratie und Technik – (k)eine Wahlverwandtschaft, Opladen.
- Montpetit, Éric* (2003). Biotechnology, Life Science and Policy Networks in the European Union, in: *Swiss Political Science Review*, 9(2) (im Erscheinen).
- ÖZP (1992). Schwerpunkttheft „Körper und Politik“, 21(1).
- Pierson, Paul* (2000). Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics, in: *American Political Science Review*, 94 (2), 251–267.
- Rothmayr, Christine/Frédéric Varone* (2002a). Debate: “Biopolitics” and the Missing Political Scientists, in: *Swiss Political Science Review*, 8(3/4), 129–134.
- Rothmayr, Christine/Frédéric Varone* (2002b). Biopolitics and Policy Design. Seven Propositions for Future Research, in: *Swiss Political Science Review*, 8(3/4), 134–142.
- Russell, Alan/John Vogler* (Hg.) (2000). The International Politics of Biotechnology. Investigating Global Futures, Manchester/New York.
- Salter, Brian* (2003). Medicine, Civil Society and the State. Continuities in Biopolitics?, in: *Swiss Political Science Review*, 9(2) (im Erscheinen).
- Saretzki, Thomas* (1997). Technisierung der Natur – Transformation der Politik? Perspektiven der politikwissenschaftlichen Analyse zum Verhältnis von Biotechnologie und Politik, in: *Renate Martinssen* (Hg.): *Politik und Biotechnologie. Die Zumutung der Zukunft*, Baden-Baden, 37–60.
- Schneider, Ann L./Helen Ingram* (1993). Social Construction of Target Group Populations. Implications for Politics and Policy, in: *American Political Science Review*, 87(2), 334–347.
- Simonis, Georg/Renate Martinssen/Thomas Saretzki* (Hg.) (2001). Politik und Technik (PVS-Sonderheft 31), Wiesbaden.
- Stetson, Dorothy McBride* (Hg.) (2001). Abortion Politics, Women’s Movements, and the Democratic State. A Comparative Study of State Feminism, Oxford.
- Wajeman, Judy* (1994). Technik und Geschlecht. Die feministische Technikdebatte, Frankfurt a. Main/New York.
- Weimer, David L.* (2002). An Institutional Rational Choice Perspective on Biomedicine, in: *Swiss Political Science Review*, 8(3/4), 149–155.

AUTORINNEN

Gabriele ABELS, Jg. 1964, Dr., zurzeit wissenschaftliche Assistentin am Institut für Wirtschafts- und Technikforschung (IWT), Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld; Forschungsinteressen: Europäische Integration, Forschungs- und Technologiepolitik, speziell Biotechnologiepolitik und Humangenom-Projekt, Policy-Analyse, politische Partizipation. Aktuelle Publikationen: *Experts, Citizens, and Eurocrats: Towards a Policy Shift in the Governance of Biopolitics in the EU*, in: *European Integration Online Papers (EiOP)* vol. 6, no. 19/2002; „Das ‚Geschlechterdemokratiedefizit‘ der EU: Politische Repräsentation und Geschlecht im europäischen Mehrebenensystem“, in: *Eva Kreisky, Birgit Sauer, Sabine Lang* (Hg.): *EU, Geschlecht, Staat*, Wien 2001; *Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie: Politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung*, Berlin 2000 (Hg. mit Daniel Barben); *Strategische Forschung in den Biowissenschaften. Der Politikprozeß zum europäischen Humangenomprogramm*, Berlin 2000.

Korrespondenzadresse: IWT, Universität Bielefeld, PF 100131, D-33501 Bielefeld; e-mail: abels@iwt.uni-bielefeld.de.

Kathrin Renate BRAUN, Jg. 1960, apl. Prof. Dr., Oberassistentin und apl. Professorin am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover, Forschungsgebiete: Verhältnis zwischen Biopolitik, Menschenrechten und Demokratie, „Leben“ und Recht in der Politischen Theorie, Feministische Politische Theorie. Aktuelle Publikationen: *Menschenwürde und Biomedizin. Zum philosophischen Diskurs der Bioethik*, Frankfurt/New York 2000; *Kathrin Braun/Gesine Fuchs/Christiane Lemke/Katrin Töns* (Hg.): *Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft*, München/Wien 2000; *Grenzen des Diskurses. Biomedizin, Bioethik und demokratischer Diskurs*, in: *Gabriele Abels/Daniel Barben* (Hg.): *Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie. Politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung*, Berlin 2000; *(K)Eine Denkerin der Vermittlung? Gesellschaftstheorie und Geschlechterverhältnis im Werk von Hannah Arendt*, in: *Gudrun Axeli Knapp/Angelika Wetterer* (Hg.): *Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische*

Kritik, Münster 2001; Menschenwürde: Gründe für eine kategorische Interpretation, in: Handlung Kultur Interpretation. Zeitschrift für Sozial- und Kulturwissenschaften, H.1/2002.

Korrespondenzadresse: Institut für Politische Wissenschaft, Universität Hannover, Schneiderberg 50, D-30167 Hannover; e-mail: k.braun@ipw.uni-hannover.de.

Teresa KULAWIK, Jg. 1958, Ass. Prof. Dr. für Gender Studies und Politikwissenschaft am University College of South Stockholm; davor langjährig tätig am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin; 1993/94 Lars-Hierta-Fellow am Zentrum für Frauenforschung der Universität Stockholm, Herbst 1999 Visiting Scholar am Research Center on Women and Gender an der Columbia University in New York/USA; Frühjahr 2001 Gastprofessorin des Schwedischen

Wissenschaftsrates am Institut für Zeitgeschichte am University College of South Stockholm. Arbeitsschwerpunkte: Komparatistik, Theorie und Analyse des Wohlfahrtsstaates, Geschlechterpolitik, Geschichte der Politik, Wissenspolitologie, Biopolitik. Aktuelle Publikationen: Wohlfahrtsstaat und Mutterschaft. Schweden und Deutschland 1870-1912, Frankfurt/M., New York 1999; „Frauenrechte oder Männerlasten. Kinderzulagen in Schweden und Deutschland vor 1933“, in: R. Mackensen (Hg.): Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933, Opladen, 2002; „Maskulinität und die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Schweden und Deutschland“, in: Sabine Lang/Birgit Sauer (Hg.): Europäische Union und Transformation von Staatlichkeit. Geschlechterkritische Perspektiven, Wien u.a. 2001.

Korrespondenzadresse: University College of South Stockholm, Gender Studies, 14189 Huddinge, Schweden; e-mail: Teresa.Kulawik@sh.se.